

Überraschungssieger „MOST“ (Brücke) kompliziert Regierungsbildung in Kroatien

Die neue „dritte Kraft“: MOST¹

Es war Nikola Grmoja (geb. 1981) ein Geschichts- und Soziologielehrer an der Grundschule in Metkovic und spätere Medienkoordinator der Partei, der auf die Idee kam, Most zu gründen. Er verfolgte die Politik in Kroatien intensiver als andere und lud im November 2011 Bozo Petrov, den heutigen Parteivorsitzenden ein für die damals anstehenden Kommunalwahlen eine eigene Kandidatenliste aufzustellen, um gegen den damaligen Amtsinhaber Jambo anzutreten. Bald schon fanden sich acht weitere interessierte Persönlichkeiten, die sich als Kandidaten zur Verfügung stellten.

Als sich die Gruppe im November 2012 entschlossen hatte, in den Kommunalwahlen gegen den Amtsinhaber Stipe Gabric Jambo zu kandidieren, meinten viele Leute, dass sie zwar mutig aber auch verrückt seien, da Jambo in Metkovic unumstritten schien und ihn alle fürchteten. Die Stadt war in dieser Zeit mit Leuten vernetzt, die von Jambo auf die eine oder andere Weise abhängig waren. Damals wollte niemand etwas gegen Jambo sagen oder auch nur seinen Namen erwähnen. Manche meinten sogar, dass man aufpassen sollte, was man (über ihn) sagte. In der Vorbereitung auf die Wahlen gingen die meisten Aktionen dann ebenfalls auf Grmoja zurück, der über viel politischen Instinkt verfügt und die Partei ideologisch ausrichtete. Bis zum Herbst 2012 war die Gruppe auf 20-25 Personen angewachsen

und im Dezember 2012 entschloss man sich an die Öffentlichkeit zu gehen und mit provokativen Wahlplakaten Aufmerksamkeit für die neue Partei zu erzielen. Als Bozo Petrov dann in Metkovic und sein Gesinnungsgenosse Ivan Kovacic in Omis schließlich einen Machtwechsel bzw. eine „Revolution“ herbeiführten, stieg das Medieninteresse an diesen Personen schlagartig an und man erfuhr, dass etwa ein großer Teil der Familie von Bozo Petrov auf die eine oder andere Weise in der katholischen Kirche aktiv gewesen war bzw. noch ist und er selbst fast Priester geworden wäre, nachdem er vier Jahre (1994 bis 1998) im Priesterseminar Sinj verbracht hatte. Nach seinem Gymnasialabschluss wollte er für ein „stilles Jahr“ ins Kloster nach Visovac gehen, um danach in Split Theologie zu studieren. Er änderte schließlich seine Meinung und begann in Split Medizin zu studieren.

Nach dem Sieg in Metkovic bei den Kommunalwahlen, also irgendwann zwischen Dezember 2013 und Januar 2014, wurde beschlossen einen vergleichbaren Wahlerfolg auch auf nationaler Ebene anzustreben. Zuerst schlossen sich einige Bürgermeister und Gemeindevorsteher aus Städten und Gemeinden vorwiegend in Dalmatien, teilweise aber auch in Slawonien der Partei an. In Dalmatien entstanden im Wesentlichen vier Fraktionen: In Metkovic waren das Bozo Petrov und seine Gründungsmannschaft. In Omis war es der dortige Bürgermeister Ivan Kovacic, auch wenn er bis heute formell noch kein Parteimitglied ist. Aus Vrgorac hat sich dann die unabhängige Liste des „Jungen Vrgorac“, angeführt von Ante Pranic MOST angeschlossen und in Dubrovnik entstand die Gruppe „Srđ ist die

¹ Hudelist, Darko (2015): „Ja, die MOST führt zu HDZ oder SDP“. in Globus 1 297. S. 15-19.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

18. November 2015

www.kas.de/kroatien

Stadt“, die von Maro Krstic angeführt wird. In Slawonien schloss sich der hochgelobte Gemeindevorsteher von Tompojevac, Tomislav Panenic MOST ebenso an, wie die Gemeindevorsteherin von Velika Kopanica, Ruzica Vukovac, während sich MOST in Zagreb auf die weniger bekannte Gruppe „MAP“ (Modelle des Altruismus in der Politik) stützte, die von Branimir Karacic angeführt wurde.

MOST wurde von Beginn an hauptsächlich von kleinen privaten Spendern bzw. Freunden finanziell unterstützt, wobei ihre individuellen Beiträge normalerweise nicht mehr als 100 oder 200 Kronen betragen - Petrov zieht kleine Spenden größeren Beträgen vor um unabhängig zu agieren.

Petrov konnte sich als neuer Bürgermeister vor allem dadurch in Szene setzen, dass er sich und seinen engsten Mitarbeitern zuerst einmal das Gehalt um 30 % kürzte. Kurz danach führte er dann einen Mindestlohn ein.

Eigentlich hatten Petrov und seine MOST-Kollegen nicht damit gerechnet, dass die Parlamentswahlen schon im November stattfinden würden; sondern erst im Februar 2016. Trotzdem gelang es noch vor dem Wahltermin weitere prominente Intellektuelle, Experten und sonstigen Persönlichkeiten des Öffentlichen Lebens in Kroatien, wie z.B. den Arzt und ehemaligen HDZ-Vizepräsidenten: Drago Prgomet, den Juraprofessor, Robert Podolnjak und den Wirtschaftsexperten Ivan Lovrenovic in die Partei aufzunehmen.

Schon vor den Wahlen bezeichnete Petrov MOST als keine Partei im klassischen Sinne, sondern eher als Ausdruck einer „Rebellion“ gegen die anderen Parteien im Lande. Er betonte, dass MOST bereit sei, unter bestimmten Bedingungen HDZ oder SDP zu unterstützen, je nachdem welche der beiden Parteien-/ Koalitionen, schließlich den Auftrag zur Bildung einer Regierung erhalten würde, wobei MOST jedoch nicht Teil einer Regierung werden wolle. Petrov war der Meinung dass eine solch junge Fraktion, wie MOST sie darstellen würde, noch nicht Regierungsverantwortung übernehmen sollte und sich stattdessen auf die Schwächung

der beiden bestehenden Wahlbündnisse von SDP und HDZ konzentrieren sollte, um bei den kroatischen Bürgern als neue „dritte Kraft“ anerkannt zu werden, die authentische Lösungen anzubieten hat. Man erwartete ins Parlament einzuziehen war aber bereit schon bald wieder Neuwahlen zu unterstützen, falls die Kooperationspartner Vereinbarungen, an deren Entstehen MOST beteiligt gewesen wäre, nicht einhalten würden. Ziel war es also, dass keine der beiden Parteiblöcke ohne die Unterstützung von MOST in der Lage sein sollte, eine Regierung zu bilden. Deshalb sollte noch vor den Wahlen im Internet eine Liste mit allen Reform-Forderungen eingestellt werden, die nach Meinung von MOST, so schnell wie möglich umgesetzt werden sollten. Nur wer sich mit diesen Vorschlägen einverstanden erklären würde, könne unterstützt werden. Dabei seien sowohl HDZ als auch SDP gefordert wobei sich MOST nicht an Positionen, sondern nur an Reformen, insbesondere solche in der öffentlichen Verwaltung, im Steuersystem und in der Justiz interessiert zeigte.

MOST und die Parlamentswahlen in Kroatien 2015

Nach Auszählung aller Stimmen bestätigte sich die schwierige Patt-Situation, welche die beiden großen kroatischen Volksparteien dazu zwingen wird in für sie ungewohnt schwierige Koalitionsverhandlungen mit einem Partner einzutreten, dessen Verweigerung eine regierungsfähige Mehrheit im Parlament durchaus auf Dauer verhindern konnte.² MOST erreichte zur großen Überraschung aller politischer Beobachter als neue „dritte Kraft“ schließlich von niemandem vorhergesehene 19 Sitze und ist damit als Koalitionspartner bzw. Mehrheitsbeschaffer für alle anderen unverzichtbar. MOST erreichte damit sogar mehr Mandate als alle kleineren Parteien (9) inklusive der Minderheitenvertreter (8) die es gemeinsam nur auf insgesamt 17 Mandate brachten. Damit erreichte MOST den Status als „Zünglein an der Waage“, welche für die

²<http://de.rstandard.at/2000025309844/Teilergebnis-Kroatische-Konservative-mit-knappe-Mehrheit?ref=rec>

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

18. November 2015www.kas.de/kroatien

Nominierung eines Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt durch die Staatspräsidentin von herausragender Bedeutung sein wird.

Der Erfolg der nahezu aus dem Nichts kommenden Partei MOST deutet auf eine neue Verunsicherung beim kroatischen Wähler, der, obwohl niemand eigentlich wirklich weiß, wofür die Partei bzw. ihre inzwischen gewählten Abgeordneten stehen, zugänglich für das Image einer von Korruption "unbefleckten" politischen Alternative ist. Damit reüssierten sie in ähnlicher Weise, wie zuvor die politischen Gruppierungen um den Unternehmer Andrej Babis in Tschechien und dem Rechtsprofessor Miro Cerar in Slowenien. Die Kroaten zeigen sich damit in ihrem Wahlverhalten deutlich flexibler als zuvor, und sie zeigen, dass sie mit der Beschwörung des Heimatkriegs oder anderen ideologischen Themen nicht mehr so leicht zu überzeugen sind.³

Das Phänomen MOST ist also ähnlich dem der Partei des jetzigen Premiers Miro Cerar in Slowenien: Sie wurden gewählt, weil sie technokratisch, pragmatisch und weniger ideologisch sind. Es zeigt die Unzufriedenheit mit etablierten Parteien. Von den Rechten werden die Sozialdemokraten in Kroatien als "Nachfolger der Partisanen" porträtiert; von den Linken werden die konservativen HDZler als "Verehrer des Heimatkriegs" gezeichnet. Damit könne man zwar die Stammwähler mobilisieren, viele andere fühlen sich dabei jedoch vor den Kopf gestoßen, weil das nicht die grundlegenden Probleme von Kroatien seien. MOST hat also davon profitiert, dass die Wähler in diesen nationalistischen Debatten nur Scheingefechte gesehen haben.⁴

Die kroatischen Bürger setzen damit ein Zeichen für weniger Ideologie und mehr soziale und wirtschaftliche Themen, die sie durch die noch ziemlich lose Parteiformation MOST eher behandelt sehen als durch die beiden großen Wahlbündnisse der Sozial-

demokraten (SDP) und der konservativen HDZ. Die neuen Protestparteien - nicht nur MOST in Kroatien- überraschen dabei weniger durch charismatische Politstars, sondern eher durch eine fundamentale Ablehnung der politischen Eliten und deren Praxis nach erfolgreichen Wahlen immer wieder auch inkompetente Parteigänger in die Öffentliche Verwaltung aufzunehmen.

Es waren wohl vor allem junge Leute, die MOST wählten und damit als erste Nachkriegsgeneration ihren Eltern, die noch durch den Krieg geprägt wurden, deutlich machten, dass sie weniger an der Vergangenheit sondern vor allem an der Zukunft des Landes interessiert seien. Für sie ist die Überwindung der ökonomischen Krise unter der das Land in den vergangenen Jahren sehr gelitten hat, ein zentrales Anliegen und weder die bisherige Regierungspartei SDP noch die oppositionelle HDZ lieferten überzeugende Programme zur Überwindung der Krise. MOST hingegen trat von Beginn an für Reformen ein.

Der frühere Dekan der Wirtschaftsuniversität Zagreb und jetzige MOST Abgeordnete, Ivan Lovrinovic, will etwa die lokale Landwirtschaft vom Euro entkoppeln, um mehr wirtschafts-politischen Spielraum zu gewinnen. Gepunktet hat MOST sicherlich auch bei all jenen, die in den vergangenen Jahren mit Ihren Schweizer-Franken Krediten in Probleme geraten sind, denn auch MOST liebäugelt mit einer eher „populistischen Lösung“ der Probleme zu Lasten der kroatischen Banken.⁵

MOST – Zünglein an der Waage

Entsprechend der Patt Situation zeigen sich sowohl die HDZ- als auch die SDP-geführte Koalition sehr interessiert mit MOST in Verhandlungen über die Bildung einer Regierungs-Koalition einzutreten. Beide Blöcke mussten dabei jedoch schon bald zur Kenntnis nehmen, dass die MOST-Führung auf ihrem Wahlversprechen bestand, nicht

³<http://ders.tandard.at/2000025387147/Erfolg-von-Most-zeigt-den-Prottest-des-Zentrums?>

⁴<http://derstandard.at/2000025545307/Entscheidung-Bruecken-schlag-in-Kroatien?>

⁵<http://derstandard.at/2000025388460/Hauptsache-nicht-Establishment>

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

18. November 2015www.kas.de/kroatien

unbedingt einer Regierung beizutreten, sondern vor allem auf die Durchsetzung „unverzichtbarer“ Reformen zu bestehen.⁶

Die neue Partei MOST will die etablierten Wahlbündnisse, die seit einem Vierteljahrhundert die Regierungen unter sich ausgemacht hatten, zu tief greifenden Reformen zwingen. Auch aus Sicht von MOST sollten die Sondierungsgespräche mit SDP und HDZ jedoch sofort beginnen, um noch vor den Konsultationen mit der Staatspräsidentin die Menge der jeweiligen Gemeinsamkeiten abschätzen zu können. Von Beginn an plädierte MOST für eine Allparteienregierung, die jedoch von den beiden SDP- und HDZ-Wahlbündnisse strikt abgelehnt wurde.

Als Alternative verfolgt MOST das Ziel, im Falle der Bildung einer Minderheitsregierung bzw. eines Technokraten Kabinetts, dieses aus der Opposition fallweise zu unterstützen. Die Mehrheit der MOST-Vertreter lehnt vor den Verhandlungen eine Regierungsbeziehung eigentlich ab. Im Zuge der ersten Sondierungen scheinen einige MOST-Vertreter eine Minderheitsregierung jedoch als instabil zu erachten und deshalb für eine große Koalition einzutreten.

Erschwerend kam nun jedoch hinzu, dass einige MOST Vertreter der SDP und andere wiederum der HDZ als Koalitionspartner zu neigen und in einem solchen Szenario die Einheit der Partei gefährdet sehen. Zwar bleibt es das Ziel von MOST als sog. „Brücke“ unabhängiger Listen und damit als eine recht fragile Koalition von Individuen Selbstdisziplin zu üben und zu versuchen als Block zusammen zu bleiben, ob einzelne MOST-Vertreter jedoch den Verlockungen der beiden Volksparteien erliegen und sich auf die Seite einer dieser beiden großen Wahlbündnisse ziehen lassen, ist jedoch nicht auszuschließen.

Kurz nach den Wahlen wurde bekannt, dass mindestens sechs MOST Abgeordnete unter Führung von Stipe Petrina unter gar keinen Umständen bereit sind, mit der HDZ

zu koalieren und in einem solchen Falle drohen, die Fraktion zu verlassen. Gleichzeitig drängte der ehemalige HDZ-Vizepräsident und jetzige neu-gewählte MOST-Abgeordnete, Drago Prgomet, auf eine Koalition mit der SDP und behauptet dafür die Unterstützung von etwa 2/3 der gewählten MOST-Abgeordneten zu besitzen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das SDP-Wahlbündnis nach eigenen Angaben, angesichts einer Mehrzahl von mit ihr sympathisierenden Kleinfraktionen nur noch die Unterstützung von etwa 8 gewählten (MOST-) Abgeordneten bräuchte, um über eine Mehrheit im neu-gewählten kroatischen Parlament zu verfügen.⁷

MOST vor einer „Zerreißprobe“

Als Prgomet dann jedoch dabei „erwischt“ wurde, wie er mit dem SDP-Vorsitzenden Milanovic sogar Geheimgespräche auf privater Grundlage führte, wurde er aus dem MOST-Verhandlungsteam ausgeschlossen und damit erst einmal isoliert. Man warf ihm vor, er habe eigenmächtig Koalitionsgespräche mit dem amtierenden sozialdemokratischen Regierungschef Zoran Milanovic geführt und damit "das Vertrauen seiner Partei vollständig zerstört".⁸

Die übrigen MOST-Abgeordneten werden nun im Gegensatz zur „national-konservativen“ HDZ als eher „liberal-konservativ“ eingestuft; wobei MOST ja vor allem wegen der Erfolglosigkeit der letzten SDP Regierung gegründet worden ist, weshalb ein Zusammengehen mit der SDP den meisten MOST Wählern wohl nur schwer zu vermitteln sein dürfte. Dies mag auch der Grund dafür sein, weshalb der einem katholisch-konservativen Milieu entstammende MOST-Vorsitzende Bozo Petrov bisher lediglich den Wunsch äußerte weder Zoran Milanovic noch Tomislav Karamarko zum Amt des Ministerpräsidenten verhelfen zu wollen. Ihm schwebt bisher immer noch die Duldung eines von einem „neutralen“ Ministerpräsidenten geführten Minderheits- bzw.

⁶<http://derstandard.at/2000025386857/Kroatien-Nur-ueber-die-B-ruecke-gehts-Richtung-Macht?>

⁷<http://derstandard.at/2000025610036/Kroatische-Reformpartei-Most-auseinandergebrochen?>
⁸<http://derstandard.at/2000025676301/Fiasko-fuer-den-kroatischen-Hoffnungstraeger?>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

18. November 2015

www.kas.de/kroatien

Technokraten-kabinetts vor. Einem solchen Kabinetts wolle MOST fallweise immer dann zu einer parlamentarischen Mehrheit verhelfen, wenn es all jene Reformen angeht, die MOST für unabdingbar erachtet.

Der Wunsch der Wähler

In Umfragen sprachen sich 27% der Befragten dafür aus, dass der SDP-Vorsitzende Milanovic von MOST als neuer Ministerpräsident unterstützt werde sollte; nur 15% sprachen sich für en HDZ-Vorsitzenden Karamarko aus und immerhin 24% wünschten sich Neuwahlen. Während weitere 30% keine klare Präferenz äußerten.⁹

Was die Wahl eines möglichen Koalitionspartners von MOST angeht, wünschten sich 28.5% eine Koalition mit der SDP, 22% bevorzugten dagegen die HDZ und 17% sprachen sich wiederum für Neuwahlen aus. Nur 7.7% unterstützten die Duldung einer SDP-Minderheitsregierung und gar nur 4.3% sprachen sich für die Duldung einer HDZ-Minderheitsregierung aus.¹⁰ Von diesen geäußerten Präferenzen der Wähler wichen die Erwartungen jedoch ab. So glaubten 24% der Befragten, dass es wohl Neuwahlen geben werde, 20% erwarteten, dass MOST eine Koalition mit der SDP eingeht und 17.3% erwarteten dagegen eine solche mit der HDZ. Sollte der nächste Ministerpräsident von MOST gestellt werden, sprachen sich 46.2% für den MOST-Parteivorsitzenden Bozo Petrov und nur 38.5% für den „Renegaten“ Drago Prgommet aus, während 15.3% keine Meinung dazu abgaben.

Erteilung des Mandats zur Bildung einer (Koalitions-) Regierung

Wie es mit der Regierungsbildung weitergeht, ist beim jüngsten EU-Mitglied Kroatien völlig offen. Die beiden Großparteien, die Sozialdemokraten (SDP) und die konservative Oppositionspartei HDZ, haben mit Partnern jeweils nur 59 Sitze im Parlament mit 151 Abgeordneten. Nach dem Votum am

vergangenen Sonntag ist MOST für eine klare Mehrheit unverzichtbar.¹¹

Die Kroatische Staatspräsidentin Kolinda Grabar Kitarovic hat inzwischen angekündigt, erst nach Verkündung des endgültigen Wahlergebnisse durch die kroatische Wahlkommission mit den Konsultationen zur Regierungsbildung zu beginnen.

Der HDZ-Vorsitzende Karamarko erwartet nun, dass ihm, als Vertreter der stärksten neu-gewählten Parlamentsfraktion dieses Recht bzw. Privileg gewährt wird, während der SDP Vorsitzende von sich behauptet, über die Unterstützung der Abgeordneten der allermeisten kleineren Parteien sowie sieben der acht Minderheitenvertreter zu verfügen. Er sieht sich von mindestens 69 Abgeordneten (SDP+, IDS, Bandic, Cacic und 7 Minderheitenvertreter) „unterstützt“ und von weiteren 4 Abgeordneten (HDSSB, Human Wall und einem Minderheitenvertreter) zumindest „geduldet“. Der HDZ-Vorsitzende Karamarko könne dagegen nur auf die Unterstützung von 59 neu-gewählten Abgeordneten vertrauen, wenn man von den MOST-Vertretern absehe.

Bozo Petrovs erste Schritte¹²

Der MOST-Parteivorsitzende hat sich dann vor wenigen Tagen in einer ersten ausführlichen Stellungnahme zu den Absichten seiner Partei und seinen persönlichen Vorstellungen geäußert. Er unterstrich dabei wiederholt, dass es zu keinen unlauteren Geschäften kommen dürfte sondern auf die Durchführung von Reformen bestanden werde. Man arbeite gerade an einer Reformliste und werde für die Umsetzung dieser Pläne Fristen setzen.

Er sehe vor dem Hintergrund der schwierigen Gemengelage durchaus die Gefahr einer Spaltung der Partei in unterschiedliche Lager, die dem einen oder anderen potentiellen Koalitionspartner das Wort reden wür-

¹¹<http://derstandard.at/2000025545307/Entscheidender-Brueckenschlag-in-Kroatien>

¹² Godeč, Željka: Božo Petrov offenbart die ersten Schritte in: <http://www.jutarnji.hr/u-intervjuu-bozo-petrov-otkriva-prve-poteze-nakon-izbora-za-sabor-plan-je-podijeliti-hrvatsku-na-3-do-5-regija-u-4-godine/1454855/>

⁹ Poll Shows Citizens Not Optimistic about Government of national unity
Wednesday JUTARNJI LIST online edition
<http://tinyurl.com/qdtkxqzs>

¹⁰ Ebenda

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

18. November 2015

www.kas.de/kroatien

den. Seine Partei habe nun mal ihr Ziel: der entscheidende politische Faktor für die Zusammensetzung der Regierung zu werden, erreicht. Er selbst nehme die SDP und die HDZ gar nicht als separate Parteien wahr, sondern als vergleichbare Interessenvertreter einer Kroatien schon zu lange dominierenden politischen Elite. Diese gelte es aus ihrer reformerischen Lethargie zu „erlösen“ wobei es nicht darauf ankäme selbst das Amt des Ministerpräsidenten anzustreben, für das es neben ihm viele geeignetere Kandidaten gebe.

Wichtig sei ihm, dass Veränderungen in Gang gekommen seien, was ihn befriedige wenn auch noch nicht euphorisch werden lasse. Der Nationalrat von MOST besteht auf eigene Geschlossenheit und die Reformbereitschaft potentieller Partner vor allem in den Bereichen: Öffentliche, staatliche und lokale (Selbst-) Verwaltung, Steuersystem und Justiz. *„Was die von uns angestrebte kommunale bzw. regionale Neuordnung des kroatischen Selbst-/ Verwaltungssystems angeht, die wir als „Regionalisierung“ beschreiben, so bewegen sich unsere Vorstellungen über die anzustrebende Anzahl an Regionen zwischen drei und fünf. Darüber werden wir eine öffentliche Debatte führen (müssen). In Dänemark dauerte ein vergleichbarer Prozess der Regionalisierung vier Jahre und auch in Kroatien wird man wegen der Komplexität und Dynamik des Prozesses mit einem ähnlichen langen Zeitraum rechnen müssen. Es wird Aufgabe eines weiterhin unabhängigen Zentralbank-Gouverneurs bleiben trotz der Euroisierung unseres Zahlungsverkehrs Chancen für eine Reform unserer Geldpolitik auszuloten analysieren.“*

Kein Interesse an Neuwahlen

MOST kann eigentlich kein Interesse an Neuwahlen haben, die bei der Bevölkerung eher unpopulär wären. Bereits in den vergangenen Tagen hat MOST durch die internen Streitereien an Vertrauen beim Wähler verloren. Der Politologe Marko Kmezić meinte, dass noch bis vor kurzem eine Koalition von MOST mit der SDP als wahrscheinlicher galt; die nun aber empörten MOST-Mitglieder als stark von der katholi-

schen Kirche geprägte Abgeordnete natürlich eine HDZ-MOST-Koalition präferieren würden. Der Rauswurf von Prgomet ist damit auch Ergebnis eines Machtkampfes zwischen ihm und dem MOST-Vorsitzenden Petrov. Sollte die „Erosion“ von MOST jedoch weitergehen, können Neuwahlen nicht ausgeschlossen werden, wobei einige Analysten glauben, dass in so einem Fall die HDZ profitieren könnte.¹³ Ob Neuwahlen der Partei MOST nutzen, steht dahin, denn das Verhalten von „Protestwählern“ ist oft eher kurzfristiger Unzufriedenheit geschuldet. Es kann auch langfristig erfolgreiche Protestparteien geben, jedoch gibt es ja auch noch weitere politische Alternativen, auch wenn diese bei diesen Wahlen in Kroatien als explizit linke bzw. rechte Protestparteien nicht gepunktet haben. MOST als eine Protestpartei mit einer ideologischen Verortung im politischen Zentrum kann eine dauerhafte Zukunft haben, obwohl sie noch über keine klaren Strukturen verfügt. Auch erscheint das Risiko des Scheiterns dieser neuen politischen Kraft groß, vor allem wenn man mehr und mehr zu einer normalen, etablierten Partei wird. Übernimmt man dann auch noch vorschnell politische Verantwortung und tritt ohne ausreichende politische Erfahrung in eine Regierung ein, dann muss man immer wieder „Farbe bekennen“ und wird dadurch natürlich viele Wähler enttäuschen bzw. sogar verprellen. Ob dies eintritt müssen die kommenden Monate zeigen.¹⁴

¹³ <http://derstandard.at/2000025704589/> Kroatiens - Most-Partei-S elbstzerfleis- und-nach-dem-Wahlerfolg

¹⁴ „Erfolg von Most zeigt den Protest des Zentrums“, A delheid Wölfl 9. November 2015,

18. November 2015

www.kas.de/kroatien

Wahlergebnis 2015 (nach Parteien)

Liste:	I.-XII. Wahlkreis			
	Stimmen	%	Sitze	%
HDZ+	771.070	34,08	59	39,07
SDP +	742.909	32,83	56	37,08
MOST	303.564	13,42	19	12,58
IDS	42.193	1,86	3	1,98
Bandic	75.527	3,34	2	1,32
HDSSB	30.443	1,35	2	1,32
Human	94.877	4,19	1	0,66
Reformisten	32.540	1,44	1	0,66
Sonstige	169.659	7,50	0	0
Mind.	36.859	1,63	8	5,29
Insgesamt	2.262.782	100	151	100

MOST

Wahlergebnis 2015 (nach Wahlbezirken)

Wahlkreis	HDZ+		SDP+		MOST	
	2015		2015		2015	
	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%
I.	4	26,04	7	39,15	3	18,39
II.	6	33,35	5	32,49	2	13,13
III.	4	24,47	8	49,15	1	7,90
IV.	6	35,99	5	29,24	1	10,69
V.	8	46,06	4	25,55	2	11,45
VI.	5	32,95	6	35,34	2	13,95
VII.	5	31,93	6	34,72	2	15,70
VIII.	3	17,51	7	37,71	1	10,51
IX.	8	49,56	4	25,96	2	15,12
X.	7	41,50	4	28,91	3	18,44
XI.	3	85,76				
XII.						
Σ	59	34,08	56	32,83	19	13,42

MOST

Wahlergebnis 2015 (nach Wahlbezirken)

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

18. November 2015

www.kas.de/kroatien

2015	I. Wahlkreis	
Wahlberechtigte:	336.961	
Wahlbeteiligung:	236.108	70,07%
Gültige Stimmen:	233.125	98,86%
Ungültige Stimmen:	2.683	1,14%
SDP-Koalition Stimmen: 91.262 39,15%	Zoran Milanović	
	Vesna Pusić	
	Davor Bernardić	
	Orsat Miljenić	
	Siniša Varga	
	Joško Klisović	
HDZ-Koalition Stimmen: 60.697 26,04%	Melita Mulić	
	Željko Reiner	
	Davorin Mlakar	
	Darinko Kosor	
MOST Stimmen: 42.880 18,39%	Margareta Mađerić	
	Drago Prgomet	
	Gordana Rusak	
	Irena P. Vuksanović	

2015	II. Wahlkreis	
Wahlberechtigte:	380.485	
Wahlbeteiligung:	233.348	61,33%
Gültige Stimmen:	229.289	98,34%
Ungültige Stimmen:	3.871	1,66%
HDZ-Koalition Stimmen: 76.461 33,35%	Miroslav Tuđman	
	Branko Hrg	
	Andrija Mikulić	
	Miro Kovač	
	Darko Sobota	
SDP-Koalition Stimmen: 74.488 32,49%	Dario Hrebak	
	Josip Leko	
	Gordan Maras	
	Vedran Babić	
MOST Stimmen: 30.097 13,13%	Anka Mrak-Taritaš	
	Željko Šemper	
	Ivan Lovrinović	
Bandić 365 Stimmen: 18.164 7,92%	Ljubica Ambrušec	
	Milan Bandić	

2015	III. Wahlkreis	
Wahlberechtigte:	348.082	
Wahlbeteiligung:	211.331	60,71%
Gültige Stimmen:	206.711	97,84%
Ungültige Stimmen:	4.572	2,16%
SDP-Koalition Stimmen: 101.594 49,15%	Siniša H. Dončić	
	Milorad Batinić	
	Dragica Zgrebec	
	Matija Posavec	
	Predrag Štromar	
	Tomislav Končevski	
	Mario Habek	
HDZ-Koalition Stimmen: 50.578 24,47%	Snježana Španjol	
	Žarko Tušek	
	Darko Horvat	
	Anđelko Stričak	
MOST Stimmen: 16.339 7,90%	Ladislav Ilčić	
	Robert Podolnjak	
Reformisten + Stimmen: 13.314 6,44%	Radimir Čačić	

2015	IV. Wahlkreis	
Wahlberechtigte:	303.173	
Wahlbeteiligung:	192.126	63,37%
Gültige Stimmen:	188.368	98,12%
Ungültige Stimmen:	3.606	1,88%
HDZ-Koalition Stimmen: 67.805 36 %	Milijan Brkić	
	Ivan Anušić	
	Ivan Tepeš	
	Josip Đakić	
	Ivan Radić	
SDP-Koalition Stimmen: 55.077 29,24%	Tomislav Tolušić	
	Domagoj Hajduković	
	Ivan Vrdoljak	
	Jaroslav Pecnik	
HDSSB Stimmen: 21.849 11,60%	Tomislav Žagar	
	Damir Tomić	
MOST Stimmen: 20.156 10,70%	Branimir Glavaš	
	Vladimir Šišljagić	
	Miroslav Šimić	

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

18. November 2015www.kas.de/kroatien

2015	V. Wahlkreis	
Wahlberechtigte:	329.855	
Wahlbeteiligung:	196.869	59,68%
Gültige Stimmen:	192.738	97,93%
Ungültige Stimmen:	4.066	2,07%
HDZ-Koalition Stimmen: 88.760 46,05%	Božo Galić	
	Pero Čosić	
	Franjo Lucić	
	Tomislav Čuljak	
	Danijel Marušić	
	Marija Budimir	
	Pero Čorić	
	Stevo Culej	
SDP-Koalition Stimmen: 49.268 25,56%	Zdravko Ronko	
	Tihomir Jakovina	
	Marija Ilić	
	Predrag Matić	
MOST Stimmen: 22.069 11,45%	Tomislav Panenić	
	Ivica Mišić	

2015	VI. Wahlkreis	
Wahlberechtigte:	321.179	
Wahlbeteiligung:	204.429	63,60%
Gültige Stimmen:	200.639	98,23 %
Ungültige Stimmen:	3.625	1,77%
SDP-Koalition Stimmen: 70.925 35,35%	Boris Lalovac	
	Rajko Ostojčić	
	Goran Richembergh	
	Mirando Mrsić	
	Ivo Jelušić	
	Zoran Vasić	
HDZ-Koalition Stimmen: 66.096 32,94%	Dražen Bošnjaković	
	Goran Marić	
	Gordan Jandroković	
	Dražen Barišić	
MOST Stimmen: 28.002 13,96%	Ivo Žinić	
	Jasna Matulić	
Bandić 365 Stimmen: 11.456 5,71%	Juro Martinović	
	Miodrag Demo	

2015	VII. Wahlkreis	
Wahlberechtigte:	392.016	
Wahlbeteiligung:	258.344	65,90%
Gültige Stimmen:	253.813	98,32%
Ungültige Stimmen:	4.337	1,68 %
SDP-Koalition Stimmen: 88.102 34,71%	Milanka Opačić	
	Mihael Zmajlović	
	Nada Đurić	
	Nenad Stazić	
	Tomislav Saucha	
	Damir Mateljan	
HDZ-Koalition Stimmen: 81.092 31,95%	Damir Jelić	
	Željko Dilber	
	Jasen Mesić	
	Domagoj Milošević	
MOST Stimmen: 39.854 15,70	Željko Fiočić	
	Slaven Dobrović	
Human Wall Stimmen: 14.690 5,79%	Josip Katalinić	
	Ivan Sinčić	

2015	VIII. Wahlkreis	
Wahlberechtigte:	357.567	
Wahlbeteiligung:	217.267	60,79%
Gültige Stimmen:	213.385	98,21%
Ungültige Stimmen:	3.882	1,79 %
SDP-Koalition Stimmen: 80.467 37,71%	Željko Jovanović	
	Peđa Grbin	
	Silvano Hrelja	
	Nansi Tireli	
	Ana Devčić	
	Tanja Vrbat Grgić	
	Dino Manestar	
IDS, PGS, RI Stimmen: 42.193 19,77%	Boris Miletić	
	Giovanni Sponza	
	Tulio Demetlika	
HDZ-Koalition Stimmen: 37.356 17,51%	Oleg Butković	
	Anton Kliman	
	Ivan Kirin	
MOST Stimmen: 22.432 10,51%	Ines Strenja Linić	

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

18. November 2015www.kas.de/kroatien

2015	IX. Wahlkreis	
Wahlberechtigte:	397.793	
Wahlbeteiligung:	238.905	60,06%
Gültige Stimmen:	234.534	98,17%
Ungültige Stimmen:	4.371	1,83 %
HDZ-Koalition Stimmen: 116.195 49,54%	Tomislav Karamarko	
	Josipa Rimac	
	Božidar Kalmeta	
	Ante Sanader	
	Darko Milinović	
	Goran Pauk	
	Josip Bilaver	
SDP-Koalition Stimmen: 60.944 25,99%	Ivan Šipić	
	Ranko Ostojić	
	Ivan Klarin	
	Sabina Glasovac	
MOST Stimmen: 35.473 15,12%	Ingrid A. Marinović	
	Stipe Petrina Miro Bulj	

2015	X. Wahlkreis	
Wahlberechtigte:	396.286	
Wahlbeteiligung:	248.914	62,81%
Gültige Stimmen:	244.796	98,41%
Ungültige Stimmen:	3.962	1,59 %
HDZ-Koalition Stimmen: 101.586 41,50%	Damir Krstičević	
	Zlatko Ževrnja	
	Branko Bačić	
	Milivoj Špika	
	Petar Škorić	
	Goran Dodig	
SDP-Koalition Stimmen: 70.782 28,91%	Sanja Putica	
	Ante Kotromanović	
	Branko Grčić	
	Arsen Bauk	
MOST Stimmen: 45.151 18,44%	Darko Parić	
	Ivan Kovačić	
	Božo Petrov Maro Krstić	

2015	XI. Wahlkreis	
Wahlberechtigte:	28.944	
Wahlbeteiligung:	28.944	100%
Gültige Stimmen:	28.525	98,64%
Ungültige Stimmen:	392	1,36 %
HDZ-Koalition Stimmen: 24.444 85,69%	Božo Ljubić	
	Ivan Šuker	
	Nevenko Barbarić	

2015	XII. Wahlkreis	
Wahlberechtigte:	196.447	
Wahlbeteiligung:	37.483	19,08%
Gültige Stimmen:	36.859	98,33%
Ungültige Stimmen:	624	1,66%
Serbien	Milorad Pupovac	
	Mile Horvat	
	Mirko Rašković	
Ungarn	Šandor Juhas	
	Robert Jankovics	
Italien	Furio Radin	
Tschechien und Slowakei	Vladimir Bilek	
Bosnien, Albanien	Ermin Lekaj	
Roma	Veljko Kajtazi	

PARTEI-/ WAHLPROGRAMM¹⁵**KROATIEN**

DR. MICHAEL A. LANGE

MOST

(Brücke der unabhängigen Listen)

18. November 2015

Zustand – Basisindikatorenwww.kas.de/kroatien

- Der Anteil der Beschäftigten in Bezug auf die Gesamterwerbsbevölkerung: EU=64,0%, KRO=49,0%
- Die kroatischen Staatsverschuldung stieg von 2000 bis 2015 auf 290 Milliarden HRK (ca. 38,5 Mrd. Euro = ca. 87% des kroatischen BIP)
- Die Auslandsverschuldung beträgt 49 Milliarden € (114% des BIP)
- Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt ca. 50% (höchster EU-Wert nach Griechenland)
- Die allgemeine „Illiquidität“ der Wirtschaft besteht fort
- Seit zwei Jahren herrscht Deflation
- Die kroatischen Wirtschaftskrise hat systemische Ursachen
- Die Hauptursachen für die Krise sind Unzulänglichkeiten im Währungs- und Kredit-system, den häufigen Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und dem daraus resultierenden schlechten allgemeinen Geschäftsklima

Hauptziele des Programms

- Ein BIP-Wachstum von über 4% pro Jahr
- Ein hoher Beschäftigungsgrad (Erhöhung der Gesamtbeschäftigung)
- Eine modifizierte Geld-/ Währungspolitik und eine „aktivere“ Rolle der kroatischen Zentralbank (HNB)
- Eine Beendigung der CHF-Währungsklausel und ein Verbot von Fremdwährungsklauseln bei inländischen Transaktionen
- Eine Senkung der Staatsverschuldung
- Eine Neuordnung der öffentlichen Finanzen, der öffentlichen Unternehmen und der Staatsschuldenverwaltung
- Eine von Handel bestimmte in eine produzierende Wirtschaft umwandeln
- Einen langfristigen Ausgleich der Steuereinnahmen und der Staatsausgaben (Ausgeglicherer Haushalt)

Notwendige Reformen**Reform der öffentlichen Verwaltung**

- Optimierung der Kosten der Öffentlichen Verwaltung durch Steigerung der Effizienz, Messbarkeit der Arbeitsleistung und Bildung eines Anreizsystems, Reduzierung der Anzahl „staatlicher Agenturen“.

Reform des Finanzsystems

- HNB muss zu eine „echten“ Zentralbank werden
- Änderungen der Struktur der Kreditvergabe der Banken weg von Bereitstellung privater Konsumentenkredite und Staatskrediten zu mehr Unternehmenskrediten

Reform der lokalen und regionalen Selbstverwaltung

- Rationalisierung des Selbstverwaltungssystems durch Zusammenlegung von Gebietskörperschaften

Justizreform

¹⁵ <http://most-nl.com/wp-content/uploads/2015/10/most-program-we b.pdf> (11. November 2015)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

18. November 2015

www.kas.de/kroatien

- Steigerung der Effizienz der Justiz durch eine Reform des Strafprozessrechts, Entpolitisierung der Justiz

Reform des Steuersystems

- Steuerentlastung der Unternehmen, Vereinfachung der Steuervorschriften
- Beratende statt sanktionierende Steuerprüfung

Geschäftsklima

- Verbesserung des Geschäftsklimas für den Produktions- statt dem Importsektor
- Vereinfachung von Gesetzen/Vorschriften im Unternehmensbereich
- Einfachere, effizientere und flexiblere Arbeitsgesetze
- Bessere Markt- und Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmensfinanzierung
- Sicherung der Qualität der Arbeitsbedingungen durch Inspektionen. Keine Sanktionierung des Unternehmen zur Beschaffung von Haushaltsmitteln.

Zusammengefasst:

Wir wollen ein Geschäftsklima schaffen, das Wachstum fördert und Produktion stimuliert, einen nur minimalen bürokratisch-administrativen Aufwand erzeugt und damit das Recht auf eine auskömmliche Existenz für alle Bürger Kroatiens sicherstellt.

Entwicklungshemmnis: Arbeitslosigkeit & Verschuldung

Eine Kombination von expansiver Geld- und Fiskalpolitik als Lösung

- Wirkungen einer expansiven Geldpolitik: deutlich niedrigere Zinssätze, höhere Liquidität, Erhöhung der Kreditvergabe, des Konsum, der Investitionen, des ... BIP
- Wirkungen einer expansiven Fiskalpolitik: Steuersenkungen, Staatsinvestitionen
- Geld-/Fiskalpolitik, ergänzt um ausländische „Greenfield-Investitionen“, führt zu mehr Optimismus und steigert den Konsum, die Investitionen, den Export, die Beschäftigung und letztendlich das Wachstum des BIP
- Hauptziel unserer Wirtschaftspolitik ist ein hoher Beschäftigungsgrad

Motoren des Wirtschaftswachstums

Privater Konsum

- Erhöhung des Einkommensteuerfreibetrags (Ausmaß der Erhöhung wird durch den jeweiligen Zustand der Staatsfinanzen bestimmt)

Staatlicher Konsum

- Optimierung der gesamten Kosten der öffentlichen Verwaltung (Staatskonsum)
- Förderung von Investitionen, die Produktion, Beschäftigung und das BIP erhöhen
- Projektanleihen für Infrastrukturprojekte
- Fonds für die Förderung von Innovationen und neuen Technologien

Investitionen

- Bedingung für mehr Investitionen ist eine deutliche Senkung der Zinsniveaus
- Bedeutung der HNB für die Bereitstellung einer angemessenen Geldversorgung der Banken zur Weiterleitung an Unternehmen und Konsumenten
- Mehr Investitionen im Energiesektor bzw. im Bereich der „Erneuerbaren Energien“
- Mehr Investitionen in der Landwirtschaft von rund 18 Milliarden HRK für die Bewässerung und Grünbrachen im Umfang von ca. 800.000 Hektar
- Bei einer Beschäftigung von einem Arbeitnehmer pro 14 Hektar könnten auf diese Weise zusätzlich etwa 55.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden

Energiepolitik

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

18. November 2015

- Für eine Energiepolitik im Dienste der Wirtschaft
- Reduzierung der Kohlenwasserstoffe als Energielieferant
- Förderung erneuerbarer Energiequellen
- Umstellung der Stromerzeugung auf kleinere Wasserkraftwerke und Reaktivierung von Projekten, die bereits eine gewisse Projektreife erlangt hatten (Senj etc.)
- Für die Planung und den Bau von Kraftwerken sollen eigene Ressourcen verwendet werden, der Bau von Wasserkraftwerken sollte zu 85% „kroatisch“ erfolgen.

Abfallmanagement

- Das aktuelle Abfallmanagement in Kroatien beruht auf einem wirtschaftlich und ökologisch schädlichen Abfallwirtschaftskonzept, das durch den Bau von teuren und unnötigen Bezirks- und Regionalzentren umgesetzt wird (Müllmanipulation).
- Die Abfallwirtschaft wird in einer ersten Investitionsrunde über 5 Milliarden HRK kosten und den kroatischen Bürger jährlich eine Milliarde HRK kosten.
- Wir setzen uns für eine Umsetzung eines ökologisch konsistenten Abfallmanagement-systems ein, das weniger kosten wird und Recycling einschließt.
- Allein Papier und sortierte Kunststoffe bringen jährlich Einnahmen von 400 Mio. HRK.

Gehälter und verfügbare Einkommen

- Im Januar 2015 waren in Kroatien 1.225 Millionen Menschen beschäftigt
- 520.000 (42% der Beschäftigten) erhielten ein Nettogehalt von 4.000 HRK,
- 1,2 Mio. (94% der Arbeitnehmer) erhielten ein Nettogehalt von bis zu 10.000 HRK
- Schaffung eines Geschäftsklimas, das eine Erhöhung des nicht-steuerpflichtigen Anteils der Gehälter ermöglichen wird.
- Solche Steuerfreibeträge würden das verfügbare Einkommen erhöhen und den Privatkonsum, die Beschäftigung und letztlich das BIP steigern.
- Das erhöhte verfügbare Einkommen würde die Konsumausgaben, die Beschäftigung und letztlich das BIP deutlich erhöhen.

Rentensystem

- 887.000 Rentner (72%) in Kroatien erhalten Renten in Höhe von bis zu 1.700 HRK.
- Die Durchschnittsrente (2014 betrug 2.425 Kuna, 425 Kuna über der Armutsgrenze

Nachhaltige Lösungen für das Rentensystem:

- Erhöhung der Beschäftigungsquote und Lohnsteigerungen
- Verlagerung der Versicherten aus der zweiten in die erste „Rentensäule“
- Zweite „Rentensäule“ wird nur noch auf freiwilliger Basis fortbestehen

Steuerpolitik

- Eine wesentliche Vereinfachung der Arten und Anzahl der Steuerverpflichtungen
- Reduzierung der Steuerbelastung für Unternehmen und die Wirtschaft
- Beseitigung aller steuerähnlichen Abgaben
- Vereinfachung des Systems der Steuererleichterungen
- Zahlung der Mehrwertsteuer auf Grund der Realisierung (Sammlung)
- Gleichheit von Großen und Kleinen bei den Steuerbehörden
- Die Steuerprüfung muss in der ersten Interaktion beratend und lehrreich sein und erst nach der Vernachlässigung der Warnung und Wiederholung der Straftat sanktionierend

Notwendigkeit der Änderung der Bankendarlehenspolitik

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

18. November 2015

www.kas.de/kroatien

Red. br.	Tätigkeiten	BIP-Anteil (Mrd. kuna)	Anteil in Darlehen (Mrd. kuna)	Differenz	Differenz in % (5/3)
1.	Bauwesen	14,5	26,1	+11,6	+80,0
2.	Verarbeitungsindustrie	65,7	20,7	-45,0	-68,5
3.	Landwirtschaft	23,7	4,5	-19,2	-81,0
4.	Tourismus	60,4	7,4	-53,0	-87,7
5.	Handel	36,1	18,7	-17,4	-48,2
6.	Sonstiges	128,0	27,4	-100,6	-78,6
	Insgesamt	328,4	104,8	-223,6	-68,1

Eine Analyse der Kreditvergabe der Banken kommt zu folgendem Ergebnis.

- Dem Bausektor wurden Kredite in Höhe von 26,1 Mrd. Kuna zur Verfügung gestellt. Dies ist 80% mehr dessen Anteil am realen BIP.
- Die Verarbeitende Industrie wird mit Blick auf den eigenen BIP-Anteil nur im Umfang von 19,7 % und damit unzureichend mit Krediten versorgt.
- Die Landwirtschaft ist in einer besonders schwierigen Lage. Sie wird mit nur 19% im Vergleich zu deren Anteil am BIP mit Krediten versorgt.
- Der Tourismus wird ebenfalls nicht ausreichend mit Krediten versorgt. Sie erhält in Kredite im Umfang von nur 12,3% korrespondierend zu ihrem BIP-Anteil.
- Der Handel wird mit Krediten in einer Höhe von 51,8% im Verhältnis zu deren BIP Anteil unterstützt. Somit erscheint nur der Handel ausreichen mit Krediten versorgt.

Neues Managementsystem für den Öffentlichen Sektor

- Das Management in öffentlichen Unternehmen sollte nur durch öffentliche Ausschreibungen ausgewählt werden und professionell sein. Gehalt und Bonuszahlungen sollten sich am Geschäftserfolg orientieren. Dies gilt besonders dort wo das Unternehmen Wettbewerbsvorteile genießt.
- Zum Zwecke der Einsparung muss es Restrukturierungen im Gesundheitssystem und im System der öffentlichen Verwaltung geben.
- Der Staat sollte seine Interessen nicht durch Behörden, sondern durch Aufsichtsräte wahrnehmen.
- Förderung einer neuen Geschäftsethik und Gründung einer „Business Intelligence“ für öffentliche Unternehmen, um das System gegen Korruption zu schützen.
- Zusammenschluss von staatliche Agenturen und Institutionen, wo es möglich ist.

Staatsvermögen**KROATIEN**

DR. MICHAEL A. LANGE

18. November 2015www.kas.de/kroatien

- Kroatien ist unter den ersten fünf Ländern in der EU bezüglich des Staatsvermögenswerts – nominell rund 30 Milliarden Euro.
- Dem kroatischen Staat gehören 41% des Gesamtvermögens des Unternehmenssektors im Lande der für 28% aller Umsätze des Unternehmenssektors verantwortlich ist und besitzt Anlagenvermögen in Höhe von 347 Mrd. Kuna, erzeugt einen Jahresumsatz von 171 Mrd. Kuna.
- Im Zuge einer besseren Verwaltung bzw. des Verkaufs von nicht-strategischen Vermögen könnte die öffentliche Verschuldung um etwa 25% reduziert werden.
- Kroatien ist ein Land mit zu viele „totem“ Kapital.

Geld- und Währungspolitik der Kroatischen Nationalbank

- Ziel der Reform der Geld-/ Währungspolitik ist die Indienststellung der HNB und des Bankensystems zur Förderung der Entwicklung einer realen Wirtschaft, der Beschäftigung, der Produktion und des Exportwachstums
- Ersatz des „Currency-Board“ durch ein neues System der Refinanzierung.
- Die HNB muss zu einer echten Zentralbank werden, die aktiv die Wirtschaftspolitik unterstützt (EZB-französischer Ansatz).
- Annullierung der CHF Währungsklausel und langfristige Änderung der Kreditvergabe in kroatischer Währung im Wege der Durchsetzung von Maßnahmen die zu einer Stabilisierung des Finanzsystems beitragen.
- Eine schrittweise De-Euroisierung der kroatischen Geldwirtschaft.
- Wir unterstützen die überwiegende Verwendung von Kuna bei Darlehen.

Hauptprobleme der Landwirtschaft

- Langjährige falsche Kredit- und Wechselkurspolitik, inkonsistente Förderpolitik.
- Hohe Produktionskosten (Treibstoff, Dünger ...)
- Alterung und Abwanderung der ländlichen Bevölkerung
- Unfaire Behandlung, Importlobbys und hohe Handelsspannen,
- Geringe Nutzung der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzflächen.
- Geringe Kooperation zwischen landwirtschaftlichen Kleinbetrieben
- Mangel an guter Kommunikation zwischen Landwirten und anderen Institutionen
- Hohe Verschuldungsgrad der kroatischen Bauern

Schaffung einer adäquate Kredit-/Steuerpolitik in der Landwirtschaft

- Schaffung einer Agrarförderbank und einer Agrarversicherung als Non-Profit Agency. Wiederbelebung der Landwirtschaft und des ländlichen Lebens. Die Agrarförderbank würde langfristige Kredite (10 bis 40 Jahre) geben, die ein Verleiben auf dem Land, eine Sanierung der verlassenen Immobilien und Industrieanlagen, den Bau neuer Infrastruktur, den Kauf von Maschinen und das Bohren von Brunnen ermöglicht.
- Die Mehrwertsteuer für Familienunternehmen und -gewerbe sollte pauschalisiert werden. (Vereinfachung der Geschäftsführung)
- Senkung der Mehrwertsteuer für inländische landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe auf 10%, für ökologische Produkte sogar auf 5%.

Politik gegenüber den Naturressourcen

- MOST erkennt die Wichtigkeit der Naturressourcen und Teile des Energiesystems. Sie betrachten sie als „strategische“ Ressource, die für Kroatien regional bedeutsam ist.
- Jeder Initiative, die diese strategische Ressource der Kontrolle des Staates (Regierung, Parlament) entzieht wird per Referendum entgegen getreten.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

18. November 2015www.kas.de/kroatien**Unternehmertum und Berufstätigkeit**

- Verwaltungsvereinfachung (Arbeits- und Brandschutzgesetz solle geändert werden).
- Förderung von Klein- und Mittelbetrieben.
- Steuerliche Erleichterungen für die Wirtschaft, für selbständige Erwerbstätigkeit und für Projekte der Jugendbeschäftigung.
- Reduzierung der Steuern. Verringerung der öffentlichen Abgaben
- Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung (Schnellere Bewilligungsverfahren).

Lokale / Regionale Selbstverwaltung

- Gemeinderatsvorsitzende und -mitglieder in kleineren Gemeinden sollten unentgeltlich arbeiten
- Verringerung der Anzahl von Mitarbeitern in der lokalen Selbstverwaltung. Nur Gemeinderatsvorsitzende sollten (ohne deren Stellvertreter) direkt gewählt werden. So würde die Zahl der Ratsmitglieder um 600 reduziert werden.
- Größere Städte sollten für die kleineren Gemeinden in ihrer Umgebung die administrativen Aufgaben übernehmen.
- Verringerung der Zahl von Gemeinden. Gemeinden und Städte sollten zu einer Einheit zusammengeführt werden. Kleinere Gemeinden sollten nach einer öffentlichen Debatte mit Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zusammengelegt werden.
- Zwecks Regionalisierung sollte die Anzahl der Gespanschaften reduziert werden.
- Die große Anzahl von Gespanschaften verhindert es, dass regionale Gemeinschaften die in der Lage sind, Träger wirtschaftlicher Entwicklung zu werden, da ihr Finanzpotenzial zu gering erscheint.

Öffentlicher Sektor

- Es gilt eine Strategie für die Reform des öffentlichen Sektors zu entwickeln.
- Es gilt klare Kriterien für die Gründung staatlicher Agenturen zu entwickeln. Es bedarf einer Abschätzung der fiskalischen Auswirkungen wie auch der zu erwartenden Vorteile ihrer Gründung.
- Es bedarf einer weiteren Professionalisierung der Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes Beamten und der Einführung eines neuen Gehaltssystems auf der Grundlage von Leistungsprinzipien (Gehalt nach Arbeitsleistung)
- Es bedarf einer Entpolitisierung des Personals und eines Personalabbaus von denjenigen, die ihren Arbeitsplatz politischer Beziehungen verdanken.
- Zum Zwecke eines effektiveren Umgangs mit öffentlichen Ressourcen sollte die Transparenz gestärkt werden
- Es gilt das Bewusstsein für die jeweilige fiskalische Verantwortung zu stärken.
- Das Management in öffentlichen Unternehmen sollte professionalisiert werden. Es gilt auch solche Unternehmen, an denen der Staat beteiligt ist zu privatisieren.

Justizwesen

- Man muss zu einer Vereinfachung der Gerichtsverfahren kommen.
- Es muss zu einer Stärkung der Kompetenzen im Justizwesen kommen. Es geht um mehr Modernisierung und Unabhängigkeit der Justiz
- Es gilt eine Grundbuchreform ins Werk zu setzen (Schaffung von Katasterämter)
- Staatsanwaltschaften sollte man eine effektivere Verfolgung von Straftäter ermöglichen
- Es muss zu Kostenreduzierung in Pfändungsangelegenheiten kommen.